

Museen und Gedenkstätten
zur Erinnerung an die Opfer der
kommunistischen Diktaturen

Herausgegeben von Anna Kaminsky
im Auftrag der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.
Erarbeitet von Anna Kaminsky, Ruth Gleinig und Lena Ens.

Sandstein Verlag, Dresden



Fassadenfront
des Historischen
Nationalmuseums
in Tirana



TIRANA
SHKODRA
SPAÇ

Albanien

1912 erlangte Albanien seine Unabhängigkeit vom Osmanischen Reich. Während des Ersten Weltkriegs, in dem das Land formal neutral war, erlebte Albanien verschiedene Besetzungen. Auch nach dem Ende des Krieges kam das Land nicht zur Ruhe; bürgerkriegsähnliche Zustände prägten die Nachkriegsgeschichte, bis 1925 Ahmet Zogu die Macht übernahm und sich 1928 zum König ernannte. Im April 1939 wurde Albanien von Italien besetzt, das mit dem nationalsozialistischen Deutschland verbündet war. Im Verlauf des Krieges wurden 1941 auch das Gebiet des Kosovo, Westmazedonien und Teile Nordgriechenlands an Albanien angeschlossen. Das so entstandene »Großalbanien« kam nach der Kapitulation Italiens im September 1943 unter deutsche Besatzung. Gegen die Okkupationen formierte sich von Beginn an Widerstand durch verschiedene Partisanenbewegungen. Nachdem die deutsche Wehrmacht Albanien Ende 1944 geräumt hatte, übernahmen kommunistisch dominierte Partisaneneinheiten unter Führung Enver Hoxhas die Macht im Land und errichteten eine Diktatur nach stalinistischem Vorbild. Bereits 1944 wurde mit »Säuberungen« begonnen, denen in einer ersten Phase vor allem Kämpfer und Sympathisanten der republikanischen Partisanenbewegung Balli Kombëtar zum Opfer fielen. So konnte die 1941 gegründete albanische kommunistische Partei den Mythos etablieren, dass nur die Kommunisten sich der faschistischen und nationalsozialistischen Besetzung des Landes widersetzt hätten. Vertreter bürgerlicher Parteien der Vorkriegszeit, ehemalige Parlamentsangehörige, Mitglieder vorheriger Regierungen, Fabrik- und Landbesitzer, Geistliche und Intellektuelle fielen den fortgesetzten Repressalien zum Opfer. Am 11. Januar 1946 rief Enver Hoxha die Volksrepublik Albanien in den Grenzen von 1912 aus. Mit der am 14. März 1946 verabschiedeten Verfassung wurden alle nichtkommunistischen Organisationen verboten und jede abweichende Meinungsäußerung oder Betätigung unter härteste Strafen gestellt. Im Zuge der im Sommer 1945 durchgeführten Bodenreform wurde jeglicher Grundbesitz entschädigungslos enteignet. 1948 proklamierte Enver Hoxha die »Verschärfung des Klassenkampfes gegen die Kulaken«. Tausende Menschen wurden in den ersten Nachkriegsjahren unter falscher Anschuldigung als Kriegsverbrecher bzw. mit fingierten politischen Vorwürfen verhaftet und hingerichtet.

Unter der Herrschaft Enver Hoxhas entstanden
im kommunistischen Albanien über 170 000 Bunker.



In Albanien war kein Mensch vor Verfolgung, Verbannung oder Tod sicher. Da Sippenhaft galt, wurden mit den direkt Beschuldigten deren Familien enteignet und oft für Jahrzehnte in die über das ganze Land verteilten Lager zur Zwangsarbeit verschleppt. Neben tatsächlichen und vermeintlichen Gegnern wurden auch Gefolgsleute Hoxhas und Mitglieder der Parteispitze und der Regierung verhaftet und hingerichtet. Änderte sich der außenpolitische Kurs, wurden jene verfolgt und eliminiert, die den vorherigen als richtig angesehenen Kurs vertreten hatten. So kündigte das Regime nach der Abkehr Jugoslawiens von der stalinistischen Sowjetunion 1947 nicht nur das im Vorjahr geschlossene Abkommen mit dem Tito-Staat auf, sondern löste eine massive Repressionswelle gegen jugoslawienfreundliche Kader und angebliche Agenten aus. 1961 kam es zum Bruch mit der Sowjetunion, die sich nach dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 zu entstalinisieren begonnen hatte. Albanien näherte sich nun China an. Jetzt wurden all jene verfolgt, die in der Sowjetunion studiert hatten oder als sowjetfreundlich galten. Als Albanien nach der chinesischen Abkehr von Mao auch die Beziehungen zu China kappte, erlitten die angeblich chinafreundlichen Kader samt ihren Familien das gleiche Schicksal.

Zur allgegenwärtigen Unterdrückung kamen die totale Isolation und Überwachung der Bevölkerung durch Tausende Spitzel und Zuträger der albanischen Geheimpolizei Sigurimi. Während der orthodoxe Patriarch und der muslimische Großmufti Ende der 1940er Jahre noch eine Übereinkunft mit der Staatsmacht erzielen konnten, war die katholische Kirche von umfassenden Repressionen betroffen. Allein 1949 wurde fast die Hälfte aller katholischen Geistlichen hingerichtet. 1967 erklärte sich Albanien zum ersten atheistischen Land der Erde. Alle Kirchen, Klöster, Synagogen und Moscheen wurden geschlossen bzw. als Sportstätten, Ställe und Lagerhäuser genutzt. Wer religiöse Riten praktizierte, religiöse Literatur oder Gegenstände besaß, wurde offiziell als »Feind des Volkes und der Partei« verfolgt.

Ein tödliches Grenzregime riegelte Albanien hermetisch ab. Zwischen 1945 und 1990 wurden über 14 500 Menschen bei Fluchtversuchen verhaftet, mehr als 1 000 Menschen starben. Bei einer Bevölkerung von kaum drei Millionen Einwohnern wird von insgesamt etwa 100 000 politischen Häftlingen ausgegangen, von denen 10 000 die Haft nicht überlebten. 50 000 Familien – das sind mehrere Hunderttausend Menschen – wurden wegen ihrer Verwandtschaft zu einem als Gegner deklarierten Angehörigen enteignet und in Zwangsarbeitslager deportiert, in denen bereits die



Kinder Schwerarbeit leisten mussten. Über 5 000 Männer und 450 Frauen wurden aus politischen Gründen hingerichtet. Die Todesstrafe wurde in Albanien nicht nur bei Mord oder Unterschlagung, sondern vor allem bei politischen Delikten vollstreckt wie Landesverrat, Spionage oder antikommunistischer Tätigkeit und »feindlicher Propaganda«, zu der auch Religionsausübung zählte.

Ebenso wie in anderen kommunistisch beherrschten Ländern kam es Ende der 1960er/Anfang der 1970er Jahre zu einer zaghaften Liberalisierung. Fernsehsendungen wurden mit moderner Musik gestaltet, die Zensur gelockert. Es gab Bestrebungen, auch die Isolation nach außen zu mildern. Diese Phase fand Ende 1972 ein ebenso jähes wie brutales Ende: Maler wurden verhaftet und jahrelang in Zwangsarbeitslagern festgehalten, weil sie angeblich zu modern malten und den sozialistischen Realismus nicht ausreichend berücksichtigten. Sänger und Regisseure wurden verfolgt, weil ihre Kunst zu wenig albanisch oder zu westlich war. Kein Vorwurf war zu absurd, um ihn nicht zum Anlass von Säuberungen zu nehmen. Kulturschaffende wie der Leiter des staatlichen Fernsehens, aber auch Musiker und Schriftsteller wurden inhaftiert und ihre Familien in Sippenhaft genommen. Nach Enver Hoxhas Tod 1985 hofften viele Menschen vergeblich auf eine Lockerung der Repressionen. Hoxhas Nachfolger Ramiz Alia leitete als letzter kommunistischer Staatspräsident erste wirtschaftliche Reformen und eine außenpolitische Öffnung des Landes ein, setzte jedoch grundsätzlich die Politik der Kommunistischen Partei fort. Unter dem Eindruck der Erhebungen im ganzen Ostblock breitete sich im Januar 1990 von Shkodra im Norden der Widerstand gegen die Herrschenden über das ganze Land aus. Die Regierung ließ im Frühjahr Religionsausübung aus der Liste der mit Todesstrafe belegten Delikte streichen und gestattete religiöse Akte. Im Sommer trieben Sicherheitskräfte demonstrierende Studenten in Tirana gewalttätig auseinander, Tausende Albaner flüchteten sich in ausländische Botschaften. Die antikommunistische Bewegung ließ sich jedoch nicht mehr stoppen. Mitte Dezember 1990 verzichtete die kommunistische Partei auf ihren Alleinvertretungsanspruch. Die erste neu zugelassene Partei war die am 12. Dezember gegründete Demokratische Partei Albaniens (PDS). Die Sozialdemokratische Partei (PSD), die als direkte Nachfolgerin der stalinistischen kommunistischen Partei gilt, ging aus den ersten freien Wahlen 1991 als Sieger hervor. Am 20. Februar 1991 stürzten aufgebrachte Demonstranten die sechs Meter hohe Statue Enver Hoxhas auf dem Skanderbeg-Platz (»Sheshi Skënderbej«) im Zentrum der Hauptstadt Tirana. Zahllose Studenten starben, als die Polizei das Feuer auf die Menge eröffnete. Anhaltende Unruhen führten kaum ein Jahr später wiederum zu Neuwahlen. Die PDS um Sali Berisha gewann diese mit einer Zweidrittelmehrheit. Die nachfolgende Regierung der nationalen Einheit führte Reformen ein und unterzeichnete die KSZE-Schlussakte. Der Begriff »sozialistisch« wurde aus dem Staatsnamen gestrichen, ein pluralistisches Parteiensystem sowie Rede- und Versammlungsfreiheit gebilligt und die Freilassung politischer Gefangener veranlasst. Nach den Wahlen 1992 übernahm die PDS die Regierung. Unruhen, wirtschaftliche Stagnation und Korruption beherrschten das Land in den folgenden Jahren, in denen sich PSD und PDS immer wieder an der Macht abwechselten.

Erste Aufarbeitungsbemühungen verliefen im Sande. Für die Verbrechen der kommunistischen Herrschaft wurde niemand zur Verantwortung gezogen. Vielmehr etablierten sich die alten Eliten erneut an der Macht. Zwar war bereits 1991 im Nationalen historischen Museum eine Ausstellung über die kommunistischen Verbrechen in Albanien eröffnet worden, Regelungen zur Entschädigung und Rehabilitierung für die Opfer politischer Verfolgung oder die strafrechtliche Aufarbeitung der Verbrechen des Regimes blieben aber weitgehend aus. Besonders schmerzhaft war für viele ehemals Verfolgte, dass hochrangige Mitglieder der kommunistischen Partei, Staatsanwälte und Richter, die im kommunistischen Regime an Repressalien und Todesurteilen betei-



Transparent am Skanderbeg-Platz
mit Angaben zu den Verfolgten

ligt waren, erneut zu politischer Macht kamen. Die Überlebenden schlossen sich in Opferverbänden zusammen, ihre Hoffnung auf Entschädigung und Rehabilitation wurde jedoch lange Zeit ignoriert. Bis heute warten sie teilweise auf ihre – ohnehin geringen – Entschädigungen. Enteignete Familien erhielten zum Teil ihr Eigentum zurück, aber auch dieser Prozess gestaltete sich schwierig, da der Nachweis über die Enteignungen oft schwer zu erbringen war. 2010 wurde das Institut zur Erforschung der Verbrechen des Kommunismus in Albanien gegründet, das von einstmaligen Verfolgten geleitet wird und Zeitzeugenberichte sammelt. Das Institut versucht, mit Bildungs- und Zeitzeugenprogrammen in den Schulen über die Diktatur aufzuklären. Erst nach mehr als 20 Jahren konnten an Orten des Terrors Gedenkstätten und Erinnerungszeichen errichtet werden. 2013 wurde in der Hauptstadt am Eingang zum einstigen »Blocku«, dem abgeschoteteten Wohnviertel der kommunistischen Elite, ein erstes Denkmal zur Erinnerung an die Verbrechen und die Überwindung der Diktatur eingeweiht und 2014 in Shkodra, einem Zentrum des antikommunistischen Widerstands, die bisher einzige Gedenkstätte in einem früheren Sigurimi-Gefängnis eröffnet.

Ein lange umstrittenes Kapitel war die Öffnung der Sigurimi-Akten. Diese werden erst seit 2017 in einer eigenen Behörde zusammengetragen und zugänglich gemacht. Im einstigen Sigurimi-Hauptquartier in Tirana, dem »Haus der Blätter«, wurde eine Gedenkstätte eröffnet, die an die Überwachung der Gesellschaft und an die Opfer erinnert. In Lushnja wurde im Frühjahr 2017 schließlich ein Denkmal für die Opfer der dortigen Internierungslager eingeweiht. Weitere Initiativen ehemaliger Häftlinge und Verbannter, aber auch junger Leute versuchen, in einstigen Lagern (z. B. in Tepelene) und Gefängnissen wie in Spaç oder Burrel Gedenkstätten und Denkmäler zu errichten. In Tirana informieren mittlerweile zwei große Ausstellungen in den berühmten Bunkern, die Hoxha seit den 1970er Jahren zu Hunderttausenden im ganzen Land errichten ließ, über die Repression unter der kommunistischen Diktatur.

Impressum

© 2018 Sandstein Verlag, Dresden und Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Herausgegeben von Anna Kaminsky
im Auftrag der Bundesstiftung zur Aufarbeitung
der SED-Diktatur
Kronenstraße 5
10117 Berlin
www.bundesstiftung-aufarbeitung.de
buero@bundesstiftung-aufarbeitung.de

Fachlektorat
Maria Matschuk

Lektorat
Sina Volk, Sandstein Verlag

Satz und Reprografie
Jana Felbrich, Jana Neumann, Sandstein Verlag

Gestaltung
Jana Felbrich, Sandstein Verlag

Druck und Verarbeitung
FINIDR, s. r. o.
Český Těšín

Titelmotiv
Mahnmal für die Opfer der Hungerkatastrophe
in Kasachstan (© Jens Schöne)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

Dieses Werk einschließlich seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Vervielfältigung, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

www.sandstein-verlag.de
ISBN 978-3-95498-390-2